

## **Corona: Lockdown beenden – Risikogruppen schützen**

Am 22. März 2020, knapp zwei Monate nach dem ersten Nachweis des Virus SARS-CoV-2 in Deutschland, einigten sich Bund und Länder auf erste Maßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen.

Seit diesem Zeitpunkt haben gravierende Fehlentscheidungen der Bundes- und Landesregierungen unser Land in die wohl schwerste Krise der Nachkriegsgeschichte gestürzt.

Die einzige erkennbare Strategie der Entscheidungsträger besteht in einer Aneinanderreihung von Lockdowns, deren Wirksamkeit von Experten immer mehr bezweifelt wird. Diese ohne wissenschaftliche Evidenz verordneten Maßnahmen verdeutlichen den planlosen Aktivismus und die zunehmende Hilflosigkeit der Bundeskanzlerin sowie der Ministerpräsidenten. Die politisch Verantwortlichen erweisen sich als unfähig zu einer seriösen, sachorientierten und selbstkritischen Fehleranalyse.

Von einem wirksamen Gesundheitsschutz kann keine Rede sein! Vielmehr nehmen die regierenden Politiker den Tod unserer gefährdeten Bürger billigend in Kauf: Um europapolitisch gegenüber Frankreich zu glänzen, hat die Bundesregierung auf eine wirkungsvolle, nationale Impfstrategie und die Beschaffung des deutschen Impfstoffs von BioNTec in ausreichender Anzahl verzichtet.

Durch die konsequente Umsetzung des von uns vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs könnte das verloren gegangene Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz sowie den Grund- und Freiheitsrechten der Bürger wiederhergestellt und weiterer Schaden von unserer Volkswirtschaft abgewendet werden. Neben der physischen Gesundheit würde auch das seelische Wohlergehen der Menschen geschützt, das durch den Lockdown erheblich beeinträchtigt ist. Den gefährlichen Tendenzen zunehmender Vereinsamung ist ebenso wie einer drohenden Verarmung weiter Teile der Bevölkerung entgegenzuwirken. Dazu ist der Erhalt des öffentlichen Lebens zwingend erforderlich.

Unsere Forderungen:

### **1. Lockdown beenden!**

Die mittlerweile wissenschaftlich evaluierten Zahlen belegen, dass der Lockdown den besonders vulnerablen Gruppen keinen Schutz bietet, künftigen Generationen kaum bezahlbare Schulden aufbürdet und ganze Wirtschaftszweige irreparabel schädigt. Sämtliche Einrichtungen und Betriebe des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, in denen die Hygieneregeln umsetzbar sind, müssen sofort wieder geöffnet werden. Fortbestehende Maßnahmen sind ständig zu überprüfen, den Parlamenten zur Bewertung vorzulegen, gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben. Die derzeit geltenden Bestimmungen bezüglich der Öffnung und Schließung der Einrichtungen folgen keiner nachvollziehbaren Logik des Infektionsschutzes.

Daher fordern wir die unverzügliche Öffnung von:

- Hotels, Pensionen, gastronomischen Einrichtungen und Veranstaltungsstätten
- Betrieben des Einzel- und Fachhandels, Dienstleistungsgeschäften und -unternehmen
- Einrichtungen des religiösen Lebens sowie Gotteshäusern
- Theatern, Opern- und Konzerthäusern, Museen, Galerien, Ausstellungen, Bibliotheken und anderen kulturellen Institutionen
- Bildungseinrichtungen
- Sportvereinen, Sportstätten sowie Fitness- und Kosmetikstudios
- allen Dienstleistungsbetrieben für Körperpflege
- Zoos und Tierparks

sofern sie die Einhaltung der Hygienevorschriften jederzeit gewährleisten können.

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die notwendigen Hilfszahlungen schnell und unbürokratisch geleistet werden und zeitnah beim Empfänger ankommen.

## 2. Schutz gefährdeter Gruppen

Vor allem ältere und besonders gefährdete Menschen müssen im Fokus der Schutzmaßnahmen stehen. Wir fordern die Reservierung von Einkaufszeiten im Lebensmittel- und Einzelhandel für Ältere und Vorerkrankte, damit diese sich keinem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen müssen. Außerdem müssen für ältere Bürger Einkaufsservices geschaffen werden, um die adäquate Versorgung besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen sicher zu stellen. In Fitness- und Kosmetikstudios, Friseurbetrieben und weiteren Einrichtungen der Körperpflege sollen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung ebenfalls gesonderte Zeiten für diese Gruppen gelten. Darüber hinaus müssen stärker gefährdete Bevölkerungsgruppen vor einer Ansteckung in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt werden. Eine Möglichkeit sind Taxi-Gutscheine, die vulnerablen Personen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus fordern wir Investitionen in den Bus- und Bahnverkehr, damit die Verkehrsbetriebe täglich mehr Transportmittel und Fahrpersonal einsetzen können und sich die An- und Abreisewege in die Ballungsräume entzerren.

Besonderer Schutz muss Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen sowie Personen in häuslicher Pflege zukommen. Dies kann unter anderem durch eine Ausweitung der Testmöglichkeiten geleistet werden. Darüber hinaus ist insgesamt die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten: Durch bessere Bezahlung, einen besseren Pflegeschlüssel, durch Wertschätzung der Gesellschaft sowie attraktive Bildungswege. Hier muss sichergestellt werden, dass alle Pflegekräfte sich vor Dienstantritt einem Schnelltest unterziehen. Mittlerweile sind Speicheltests auf dem Markt vorhanden, welche von jedermann durchgeführt werden können. Diese sind in ausreichender Menge den Pflegekräften zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren kann im organisatorischen Bereich noch an vielen sinnvollen Schrauben gedreht werden. Bei Ausbrüchen in Heimen „Positivbereiche oder Positivstationen“ ausweisen. In diesen Bereichen ist immer das gleiche Personal einzusetzen. Personal, welches mit positiven Heimbewohnern in Kontakt tritt, soll nicht übergreifend auf gesunde Bewohner eingesetzt werden. Besucher und Personal sind immer zum Tragen von FFP2-Masken verpflichtet. Zudem sollte für besonders betroffene Einrichtungen eine Task-Force zur Verfügung gestellt werden, um personell zu unterstützen. Hierzu sollen auch Kräfte der Bundeswehr nach Bedarf herangezogen werden.

### 3. Demokratie, Impfen und Schule

Bundesregierung und Landesregierungen setzen sich derzeit über die Parlamente hinweg. Diskussionen über bislang beispiellose Freiheitseinschränkungen finden größtenteils nur nach bereits getroffenen Entscheidungen statt. Dieser Zustand muss sofort beendet werden. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, sämtliche unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen unverzüglich aufzuheben! Wir unterstützen den friedlichen Protest der Bürger auf der Straße gegen die unverhältnismäßigen Maßnahmen der Staatsregierung. In diesem Zusammenhang sind auch die Polizei- und Ordnungskräfte nicht für Sondereinsätze als Corona-Wächter zu missbrauchen.

Eine direkte oder indirekte Impfpflicht lehnen wir entschieden ab. Auch „Privilegien“ für Geimpfte bzw. eine Benachteiligung von Nicht-Geimpften weisen wir mit Nachdruck zurück. Alle Bürger unseres Landes verfügen über dieselben Grundrechte.

Bei der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung darf sich die Bundesregierung nicht allein auf die EU und auf internationale Impfstoff-Kooperationen verlassen. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Produkten ist jederzeit sicherzustellen – auch in Krisenzeiten. Nationale Interessen müssen bei der Förderung von Forschung und Entwicklung wieder stärker berücksichtigt werden, um stets eine ausreichende Menge an Impfdosen und Medikamenten zeitnah zur Verfügung zu haben.

Impfungen sind nur eine Möglichkeit, Viren zu bekämpfen. Wir unterstützen darüber hinaus die Erforschung einer geeigneten medikamentösen Behandlung. Für Bürger, die sich freiwillig impfen lassen wollen, muss die Bundesregierung ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen. Die Risiken und Nebenwirkungen einer Impfung und auch deren Wirksamkeit müssen transparent und ausführlich dargestellt werden.

Grund- und weiterführende Schulen müssen wieder geöffnet werden. Insbesondere für Grundschulen ist der Präsenzunterricht unersetzlich. Wenn Distanzunterricht angeboten wird, muss das Bildungsangebot für alle Schüler in gleicher Qualität zur Verfügung gestellt werden.